

**CHRISTINE SYLVESTER:****Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era**

Cambridge 1994

Cambridge University Press, 265 S.

Seit rund fünfzehn Jahren gibt es feministische Arbeiten zur Theorie Internationaler Beziehungen. Seit fünf Jahren werden diese Beiträge in der Diskussion um grundlegende Konzepte der Disziplin auch gelegentlich genannt. Ein Fortschritt. Selbst wenn Autorinnen wahllos herausgegriffen oder Ideen nur anonym zitiert werden. Endlich liegt nun aber eine umfassende Darstellung des Unternehmers der feministischen Theorie Internationaler Beziehungen vor.

Durch die Auflösung der Entwicklung der Wissenschaft der Internationalen Beziehungen in drei »epochale« Debatten – Realisten versus liberale Idealisten, Traditionalisten versus Scientisten und Postmoderne Kritik – gelingt es Christine Sylvester gewissermaßen aus der Vogelperspektive feministische Nester im Mainstream der Theorie auszumachen. »Homesteading«, Siedlungen, nennt sie diese. Und verweist damit gleich zu Anfang auf ihre eigene Vision eines postmodernen Feminismus. Denn die Frage danach »Wie wir auf kreative Weise heimatlos werden, so, daß wir uns selbst vorübergehend ansiedeln können, während wir die Internationalen Beziehungen umsiedeln« (Übersetzung A.O.), dient ihr dabei gewissermaßen als normative Leitschnur.

Kompetent steckt die ehemalige Vorsitzende der Sektion Feministische Theorie und Geschlechterstudien der International Studies Association zunächst das Feld feministischer Theoriebildung ab: Entlang der Geschichte der neuen Frauenbewegung unterscheidet sie drei feministische Epistemologien, die zu einer vierten, dem postmodernen Feminismus, zusammenfließen. Diese Strömungen speisten unterschiedliche »Siedlungsversuche« von Feministinnen in den drei Debatten der Internationalen Beziehungen, die Sylvester nachvollzieht. So zeigt sie z.B., wie tragende Konzepte – der Mensch, der Staat – mit Referenz zu sozialer Männlichkeit und in Abgrenzung zu Frauen gebildet worden sind. Wie der jeweils andere Standpunkt in den Mainstream-Debatten mit »weiblichen« Metaphern und Assoziationen verächtlich gemacht wurde. Wie Frauen dazu notwendig waren zu definieren, was Internationale Beziehungen nicht sind.

Das selten verwandte Wort »homesteading« für siedeln evoziert im US-amerikanischen die Siedlungstrecks gen Westen. So wie diese das Land besetzt und Ureinwohner ausgerottet haben, habe auch die Theorie Internationaler Beziehungen, so Sylvester emphatisch, alles Unvereinbare »exiliert«, um in alle Zukunft das Feld zu sichern.

Doch auch in der dritten Debatte, in der postmoderne Theoretiker selbst als »Exilierte« (wieder) einziehen,

bleibe das »notwendig Unvereinbare« aus der feministischen Theorie unterbelichtet. Zur Abhilfe fordert Sylvester eine »emphatische Konversation«. Glücklicherweise konkretisiert sie dies anhand zweier Beispiele im fünften und originellsten Kapitel ihres Buches. So könne die Internationale Theorie lernen aus den Erfahrungen der Frauen von Greenham Common (1981) oder aus einer eigenen Studie von Sylvester über Arbeiterinnen in Harare (1988). Grundlegende Unterscheidungen wie z.B. die von Sicherheit versus Anarchie würden in diesen Diskursen aufgehoben zugunsten der Vorstellung von Netzen von Beziehungen bzw. »kooperativer Anarchie«.

Wie diese Bedeutungsverschiebungen allerdings die Erkenntnisfähigkeit der Disziplin bereichern könnten, macht Sylvester zu wenig explizit. Ihr feministisches Konversationsangebot verdichtet sich in der Rede von »mobiler Subjektivität«. Anstatt zu klären, wirft dieser postmoderne Allgemeinplatz aber nur weitere Fragen auf.

Trotz dieser für die aktuelle feministische Diskussion in den USA typischen Schwäche, überwiegen die ordnenden und einsichtsreichen Momente im Buch. Schade nur, daß reichlich Pathos und so manche unglückliche Metapher (die malende El(l)efantin!) die Lektüre so mühsam machen.

Anja Overdiek  
Berlin

**KLAUS M. LEISINGER:****Hoffnung als Prinzip.****Bevölkerungspolitik mit menschlichem Antlitz**

Hannover 1994

Balance Verlag, 425 S.

Die UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo hat die Diskussion über die Formen einer ethisch vertretbaren Bevölkerungspolitik wieder in die öffentliche Diskussion gebracht. Leisinger, Leiter der Ciba-Geigy-Stiftung für Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und Professor für Entwicklungssoziologie in Basel, skizziert, wie eine erfolgreiche und gleichzeitig mit Menschenrechten vereinbare Politik zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums aussehen könnte.

Der Autor macht – genauso wie der ehemalige Weltbankpräsident Robert McNamara, der das Vorwort zu Leisingers Studie verfaßte – aus seiner Grundüberzeugung kein

Hehl: Das schnelle Anwachsen der Bevölkerung ist eines der größten Hindernisse für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt. Nach einer differenzierten Beschreibung der demographischen Entwicklung der Weltbevölkerung und der Darstellung kultureller und sozio-ökonomischer Einflüsse auf die Geburtenraten, präsentiert Leisinger die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen hohen Bevölkerungswachstums.

Auch wenn sich der Autor von Schreckensszenarien à la Paul Ehrlich distanziert, so stellt er doch direkte Kausalverbindungen zwischen Bevölkerungswachstum und den Problemen der Entwicklungsländer her: Das rasche Wachstum der Bevölkerung in Asien, Afrika und Südamerika sei mitverantwortlich für hohe Gesundheitsrisiken der Frauen und Kinder, für abnehmende Ausbildungsqualität, für Landknappheit, für die Verminderung der Kapitalbildung, für Verstärkung der Einkommensungleichheiten, für Verschlechterung der Ernährungssituation, für den Treibhauseffekt, für die Ausbeutung nichterneuerbarer Ressourcen, für die Zerstörung von Lebens- und Kulturraum und für kriegerische Auseinandersetzungen.

Leisinger ist sich dem »Balken in unserem Auge« durchaus bewußt. Er verweist auf die Umweltverschmutzung sowie den hohen Energie- und Ressourcenverbrauch der Industrieländer und klagt das Engagement dieser Länder bei der Lösung weltweiter Probleme ein. Er analysiert aber nicht näher die Beziehung zwischen den »konsumbedingten« Problemen der Industrieländer und den angeblich »bevölkerungsbedingten« Problemen der Entwicklungsländer, sondern konstatiert, daß direkte Maßnahmen zur Verminderung der hohen Geburtenrate in den Entwicklungsländern notwendig seien.

Auf dieser Prämisse aufbauend entwickelt er »Anforderungen an eine ethisch legitimierbare Bevölkerungspolitik«. Dabei argumentiert er – einem generellen Trend in der Bevölkerungspolitik folgend – für die Einbindung von Geburtenkontrollmaßnahmen in Programme zur Wirtschaftsförderung, zur »nachhaltigen Entwicklung« und zur Frauenförderung. Leisinger hält zwar »freiwillige« Maßnahmen zur Geburtenbeschränkung sowohl für ethisch anstrebsam als auch für effektiv, schließt aber Zwangsmaßnahmen nicht grundsätzlich aus. Der Staat dürfe beschränkend in individuelle Freiheiten seiner Bürger eingreifen, wenn »Moralversagen« im Sinne eines bewußten Verstoßes gegen das Allgemeinwohl vorlägen.

Das Einfallstor für bevölkerungspolitische Zwangsmaßnahmen ist ein von Leisinger verortetes »ethisches Dilemma«: Einerseits gefährdeten staatliche Eingriffe in das Recht der Eltern, über die Anzahl ihrer Kinder zu entscheiden, menschliche Werte; andererseits zerstörten aber auch die »entwicklungspolitisch kontraproduktiven Auswirkungen hohen Bevölkerungswachstums« diese Werte. Deswegen, so Leisinger, seien Eingriffe zur Abwehr oder Minderung von Schaden für Mensch und Umwelt unter Umständen notwendig.

Das Buch, das von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und der Deutschen Welthungerhilfe herausgegeben wird, faßt die bevölkerungswissenschaftliche Literatur der letzten zwanzig Jahre gut zusammen. Bei der Diskussion über bevölkerungspolitische Maßnahmen greift Leisinger jedoch überraschend kurz. Das Problem des fließenden Übergangs zwischen »freiwilligen« Maßnahmen und »Zwangsmaßnahmen« wird nur ganz kurz angesprochen. In der Diskussion über Bevölkerungspolitik ist jedoch in den letzten Jahren zunehmend darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich Zwang und Druck auch bei »freiwilligen« Maßnahmen z.B. durch vorgegebene Plansolle einschleichen.

Das grundsätzliche Problem des Buches ist, daß es zwar das klassische bevölkerungspolitische Weltbild um die in Kairo diskutierten Elemente – Betonung der Rolle der Frau und Einbindung von Geburtenkontrolle in eine nachhaltige Entwicklung – erweitert, aber Bevölkerungspolitik als politisches Konzept nicht grundsätzlich hinterfragt. So fehlt fast völlig die Erörterung der Frage, ob es überhaupt legitim ist, »Bevölkerung« als Ursache von Problemen zu definieren. Was nützen aber dem Leser und der Leserin wiederholte und eigentlich selbstverständliche Forderungen nach der Beachtung von Menschenrechten in der Bevölkerungspolitik, wenn sie über die ideologischen und historischen Grundlagen der Bevölkerungspolitik nichts erfahren?

Stefan Kühl

Institut für Wissenschafts- und Technikforschung  
Universität Bielefeld

**ADRIAN HEWITT (ed.):**

**Crisis or Transition in Foreign Aid**

London 1994

Overseas Development Institute, Overseas Development Council, North-South Institute, 97 S.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit steht aus guten Gründen auf dem Prüfstand. Nicht nur das Ende des Ost-West-Konflikts, sondern auch die Verunsicherung über die Wirkungen der Kooperation in den Ländern der Dritten Welt lassen Fragen an Sinn und Zweck der Fortsetzung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit aufkommen. Kurz vor der Jahrtausendwende zeigen einzelne Entwicklungsländer Rückschritte, in Osteuropa sowie in Asien bildet sich aus den Resten der Sowjetunion eine Ländergruppe heraus, die Ansprüche auf Entwicklungszusammenarbeit anmeldet. In einer derartigen Lage ist es zwingend, Bilanz zu ziehen und nach neuen Perspektiven zu suchen.

Daß Reformbedarf besteht, wird derzeit vor allem in